

Meinungen



Israelische Truppen auf dem Vormarsch durch die Sinaiwüste (1967). Foto: Keystone

Nahost Seit dem Sechstagekrieg verharren Israelis und Palästinenser in einer tragischen Blockade. Doch sie liesse sich auflösen. *Peter Münch*

50 Jahre Fehlentwicklungen

Fünfzig Jahre – das ist ein runder Geburtstag oder eine goldene Hochzeit und in jedem Fall ein denkwürdiges Jubiläum. So gesehen ist es kein Wunder, dass in Israel auch der 50. Jahrestag des Sechstagekriegs gefeiert wird, schliesslich gilt es, eines überwältigenden Sieges über die arabischen Nachbarstaaten zu gedenken und der Vereinigung Jerusalems. Dieser Sieg jedoch markiert ein anderes Jubiläum, das weder rund noch golden ist, sondern einfach nur bestürzend: 50 Jahre Besetzung nämlich. Wenn nun also auf engstem Raum die Israelis feiern und die Palästinenser trauern, prallen zum Jubiläum wieder jene zwei Narrative aufeinander, die seit Jahrzehnten den Weg in die Zukunft verbauen. Es wäre höchste Zeit, nach vorn zu blicken statt zurück.

Leicht ist das natürlich nicht. Denn so schnell dieser Krieg nach nur sechs Tagen zwischen dem 5. und dem 10. Juni 1967 endete, so lange wirkt er nach. Er hat die Landkarte des Nahen Ostens verändert und die Lebenswelten seiner Bewohner. Die Israelis beherrschen seitdem das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan. Aber sie haben sich nicht nur den biblischen Boden einverleibt, sondern auch die darauf lebende palästinensische Bevölkerung einem rigiden Besatzungsregime unterworfen. Das ist ein Quell ständiger Konflikte. Der 50. Jahrestag des Kriegs steht also für ein halbes Jahrhundert der vergeblichen Friedenssuche.

Dabei weiss jeder seit langem, wie die Lösung aussehen könnte. In diesem gut eingefahrenen Konflikt ist alles bereits bedacht, vorgezeichnet und

verhandelt worden: Im Kern geht es um zwei Staaten für zwei Völker, mit Jerusalem als beider Hauptstadt und mit den Grenzen aus der Zeit vor dem Sechstagekrieg, Landtausch inklusive. Bei Umfragen findet sich grundsätzlich auf beiden Seiten eine Mehrheit für eine solche Friedenslösung. Die Menschen sind des Konflikts müde, und die Vorteile sind immens: Die Palästinenser gewinnen das Recht auf Selbstbestimmung; Israel könnte sich vom Mühlstein der Besetzung befreien und auf sich selbst konzentrieren.

Die biblischen Namen

Dass es nicht längst schon zu dieser Lösung gekommen ist, liegt an der – auf beiden Seiten – verheerenden Dynamik der letzten 50 Jahre. Der Sieg im Sechstagekrieg hat aus Israel ein anderes Land gemacht. Der pragmatische Zionismus der Gründergeneration wird heute aufgeladen mit Nationalismus und Glaubensfragen. Am klarsten zeigt sich das beim Siedlungsbau-Projekt: Zu Beginn ging es dabei vor allem um strategische Überlegungen, heute stehen oft ideologisch-religiöse Motive im Mittelpunkt. Wenn das palästinensische Westjordanland nur noch beim biblischen Namen Judäa und Samaria genannt wird, wird der Weg weit zur alten Ausgleichsformel «Land gegen Frieden».

Zwar ist diese national-religiöse Siedlerbewegung nur eine Minderheit, aber sie hält das Land in Geiselhaft und kontrolliert die rechte Regierung. Das funktioniert, weil sich viele andere enttäuscht von der Politik und der Friedenssuche abgewandt und im Status quo eingerichtet haben. Wer in

Tel Aviv die Start-up-Nation Israel feiert, vergisst leicht die Besetzung im schmutzigen Hinterhof. Dabei bleibt auch nach einem halben Jahrhundert klar, dass dieser Status quo nicht haltbar ist.

Eingerichtet beziehungsweise eingegraben haben sich allerdings auch die Palästinenser. Ihnen nämlich dient die Besetzung als ausreichende Erklärung für alle Unbill bis hin zur Korruption und zum Bruderkampf zwischen der Fatah und der islamistischen Hamas. Wer jede Verantwortung bei der Besatzungsmacht ablädt, braucht das eigene Handeln nicht zu hinterfragen. Schliesslich ist es auch für die Führung viel bequemer, auf Maximalforderungen zu beharren und den Feind zu verteufeln, statt die Bevölkerung auf schmerzhaftem Kompromisse im Zuge einer Friedenslösung vorzubereiten.

Zum Jubiläum also sind 50 Jahre Fehlentwicklungen zu konstatieren, doch umsteuern lässt sich immer noch. Der Anlauf von Oslo in den 90ern kann da als Vorbild dienen, selbst wenn er aus den genannten Gründen nicht zum Ziel führte. Von aussen kann der Friedensprozess allerdings nur helfend begleitet werden, der Anstoss muss von innen kommen, von beiden Seiten der festgefahrenen Front. Die Palästinenser sind dabei gefordert, ihr Verhältnis zur Gewalt zu klären mit Blick auf Israels Sicherheitsbedürfnis. Die Israelis müssen bereit sein, aus einer Position der Stärke heraus das abzugeben, was ihnen nie gehören wird. Erst wenn das gelingt, gibt es bei allfälligen Jubiläen etwas zu feiern.

Leserbrief Linke wollen Prämienlast senken, «Bund» vom 6. Juni

Die wirtschaftliche Grundlage zu prüfen, wäre einfach

Ich würde die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Vergabe von Prämienverbilligungen sehr begrüssen. Und zwar die korrekte Berücksichtigung: Von mehreren «Begünstigten» in meinem persönlichen Umfeld weiss ich, dass der Kanton unverheirateten, teilzeitarbeitenden Frauen mit Kindern Prämienverbilligungen zuspricht, obwohl sie gemeinsam mit ihrem gut verdienenden Partner im selben Haushalt wohnen.

Eigentlich, so meint man, wäre es für den Kanton ganz einfach zu überprüfen, ob die Frauen allein oder zusammen mit ihrem Partner wohnen und somit eine ganz andere wirtschaftliche Grundlage haben.

«Die heutige Praxis des Kantons ist befremdend.»

Ich fühle mich als alleinerziehende Mutter, die, um die Fixkosten alleine decken zu können, hochprozentig arbeitet und darum kein Anrecht auf Prämienverbilligung hat, ziemlich benachteiligt. Auch finde ich die Praxis des Kantons befremdend.

Martina Loosli
Bern

Leserbrief Brexit à la jurassienne, «Bund» vom 8. Juni

Warum nicht bernfreundlich?

Wieso erwähnt Chefredaktor Patrick Feuz den Hauptaspekt dieser lokalen Abstimmung nicht, nämlich dass das Gefüge des zweisprachigen Kantons Bern ins Schlingern geriete, falls sich Moutier für einen Kantonswechsel entschiede? Er hätte auch darauf hinweisen müssen, dass Moutier in den Sog des selbstbewussten Delsberg geraten würde und seine heutige Stellung wohl aufgeben müsste. Der «Bund» hat eine Chance verpasst, dem bernjurassischen Moutier zu zeigen, dass es im Kanton Bern gebraucht wird.

Dieter Widmer
Wanzwil

Tribüne Das Reformationsjahr böte Gelegenheit, auch die täuferische und jesuitische Kirchnerneuerung zu würdigen. *Markus Jost*

Die andere Reformation

Noch immer schwingt in den Begriffen «Täufer» und «Jesuiten» etwas Anrüchliches mit. Irgendwie wollen Täufer und Jesuiten nicht so richtig in die reformierte Erfolgsstory passen, die da lautet: Die Reformation führte zur Bildung der Massen, zur Aufklärung und schliesslich zur modernen Schweiz, mit ihrem Rechtsstaat und den persönlichen Freiheiten. Bildungsfördernde Jesuiten und freiheitsliebende Täufer – schon im 16. Jahrhundert – trüben diese Geschichte. Dazu kommt, dass Jesuiten und Täufer von der reformierten Kirche verfolgt wurden.

Ein bisschen verstehen kann man die damalige reformierte Obrigkeit: Die Täufer waren fromm und unerschrocken, die Jesuiten fromm und intelligent. Erstere haben damals die protestantischen Ideen des Priestertums aller Gläubigen, der Unabhängigkeit und Freiheit des Christenmenschen und das Ernstnehmen der Bibel konsequenter umgesetzt als die Reformierten. Auch die jesuitische Spiritualität, die Gott in der Welt sucht, nicht in abgelegenen Klöstern, gepaart mit der Idee, die Welt mithilfe der weltlichen Macht zu verändern, entspricht wichtigen Ideen der reformierten Reformation. Und die geistlichen Exerzitien der Jesuiten ermöglichen jedem Gläubigen einen persönlichen Zugang zu Gott.

Kritische Distanz

Aber die Jesuiten wurden nicht ordentliche Reformierte – auch wenn deren Gründer Ignatius von Loyola sich zeitweise wegen des Vorwurfs, lutherische Ideen zu verbreiten, vor der Inquisition verantworten musste –, sondern liessen sich direkt dem Papst unterstellen. Ursprünglich wollte Ignatius nach Jerusalem pilgern und dort den Rest seines Lebens in den Fussstapfen von Jesus wandeln. Die Franziskaner, die für die Pilger im Heiligen Land zuständig waren, wollten aber keinen Querkopf aus Europa dort haben. Also entschied Ignatius und seine Freunde, sich direkt dem Stellvertreter Jesu Christi auf Erden – dem Papst – zu unterstellen.

Mit seiner Hilfe wollten die Jesuiten die Kirche reformieren und den Glauben erneuern. Aber in ihren Satzungen schrieben sie fest, dass sie eine kritische Distanz zur weltlichen und kirchlichen Macht behalten wollten. Nicht immer gelang es ihnen, diesem Prinzip treu zu bleiben.

Die Täufer entwickelten eine strikte Ablehnung gegenüber jeglicher Macht, die sich in religiöse Angelegenheiten einzumischen versuchte. Sie konnten nicht akzeptieren, dass staatliche Behörden über Glaubensfragen entschieden, wie es in reformierten Gebieten üblich wurde. Der Glaube wurde als Privatsache angesehen. Dies führte aber nicht zur Ablehnung der staatlichen Strukturen. Abgesehen von der Verweigerung des Eides und der Ablehnung des Kriegsdienstes akzeptierten sie die Gesetze der Obrigkeit.

Konflikt bei Kindertaufe

Bei der Ablehnung der Kindertaufe kamen sie mit der Staatskirche in Konflikt, da diese darauf pochte, dass alle Neugeborenen getauft und somit Mitglied der Kirche wurden. Die Täufer lehnten die Kindertaufe aus biblischen und theologischen Gründen ab: Die Mitgliedschaft in einer Kirche müsse freiwillig sein. Die reformierten Geistlichen argumentierten hingegen: So wie im Alten Israel die männlichen Neugeborenen zur Aufnahme in die Gemeinschaft beschnitten wurden, müssten auch alle Neugeborenen getauft werden. Staat und Kirche profitierten von dieser Theologie: Die Kirchenbücher konnten als Steuer- und Einwohnerregister verwendet werden, und die Staatskirche konnte ihr Glaubensmonopol verteidigen. Die damit verbundene Glaubensfreiheit hielt sich bis ins 19. Jahrhundert.

Heute noch teilen etliche Kantone die Religionsgemeinschaften in zwei Gruppen ein: staatlich anerkannte Landeskirchen und staatlich nicht anerkannte Religionsgruppen zweiter Klasse. Das Reformationsjubiläum böte der reformierten Kirche die einmalige Gelegenheit, ihr Verhältnis zum Staat und zu anderen Glaubensgemeinschaften grundlegend neu und gerechter zu gestalten und anzuerkennen, dass Religion im positiven Sinne auch ausserhalb der Landeskirchen existiert. Vielleicht müsste sich diese Reformation eher an den Ideen der unterdrückten täuferisch-friedlichen Reformation orientieren als an der militärisch durchgesetzten bernischen Reformation.

Markus Jost, evang. und kath. Theologe, ist wissenschaftlicher Bibliothekar an der theologischen Fakultät der Universität Freiburg und Vorstandsmitglied des Vereins für Täufergeschichte.

Leserbrief Demonstration gegen Einsparungen bei der Sozialhilfe, «Bund» vom 7. Juni

Beschämend für unser reiches Land

Als Sozialarbeiterin finde ich die Berichterstattung über die Kundgebung ungenügend. An der Demonstration haben mehrere Armutsbetroffene mutig und prägnant über ihr Schicksal berichtet, was aus meiner Sicht zu würdigen ist und weshalb ihnen hohen Respekt gebührt. Diese Personen haben keine Lobby, die ihre Interessen vertritt und sie dabei unterstützt, ihre Würde zu wahren. Wollen und können wir es uns leisten, Menschen, die keine Arbeit mehr finden oder krank sind, immer mehr an den Rand unserer

Gesellschaft zu drängen? Sollte der Kanton Bern diese unmenschliche und undifferenzierte Kürzung der Beiträge tatsächlich umsetzen, hat das Auswirkungen auf die ganze Schweiz. Diesen Gedanken finde ich beschämend für unser reiches Land. Ich wünsche mir sehr, dass der Grosse Rat diesen Kürzungen nicht zustimmen wird.

Sozialarbeitende im Kanton Bern nützen schon heute sehr wohl die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente, um Sozialmissbrauch vorzubeugen und die Kosten im Rahmen zu halten.

Kathrin Schnyder-Aellig, Gümligen

Der Bund

Verleger: Pietro Supino
Gesamtauflage BZ/«Bund»: 137 256 Ex. WEMF/SW-beglaubigt
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 330 36 86
Chefredaktion: Patrick Feuz (pat), Chefredaktor
Jürg Sohm (soh), Produktionschef
Beat Stähli (sbb), Chef vom Dienst
Website: www.derbund.ch
E-Mail: redaktion@derbund.ch
Leitung Verlag: Robin Tanner
Leitung Weremarkt: Rudolf Lehmann
Leitung Marketing: Bettina Staub
Abonnementspreise: 12 Monate Fr. 535.–, 6 Monate Fr. 294.–.

30% Studenten- und Ausbildungsrabatt. Bitte Ausweis mitschicken. Die Preise verstehen sich inkl. 2,5% MwSt. Einzelnummer Fr. 4.– (Mo–Fr) / Fr. 4,70 (Sa).
Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif Festnetz), Fax 0844 031 031 (Lokaltarif Festnetz), E-Mail: abo@derbund.ch
Umlenkungen und Unterbrüche: Fr. 7.– (Bearbeitungsgebühr), kostenlos auf www.derbund.ch/abo.
Inserate/Todesanzeigen: Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Telefonische Anzeigenannahme: Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71
E-Mail: inserate@derbund.ch, www.abox.ch
Todesanzeigen für die Montagsausgabe: So 14.00–16.00
Tel. 044 248 40 83, Fax 031 330 35 71
Copyright-Regelung: Vergleiche grosses Impressum in der Montagausgabe.
Der «Bund» arbeitet redaktionell eng mit dem «Tages-Anzeiger» zusammen. Die erwähnten Personen dürfen nicht in einer Kartei gespeichert werden und ihre Namen und Adressen nicht ohne Einverständnis der genannten Personen genutzt werden.